



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

TEN/580
Lage der Energieunion
2015

Brüssel, den 28. April 2016

STELLUNGNAHME

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
zu der

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen
Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische
Investitionsbank – Bericht zur Lage der Energieunion 2015**
COM(2015) 572 final

—————
Berichterstatter: **Stéphane BUFFETAUT**
—————

Die Europäische Kommission beschloss am 18. Januar 2016, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss gemäß Artikel 194 Absatz 2 AEUV um Stellungnahme zu folgender Vorlage zu ersuchen:

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank – Bericht zur Lage der Energieunion 2015
COM(2015) 572 final.

Die mit den Vorarbeiten beauftragte Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft nahm ihre Stellungnahme am 5. April 2016 an.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 516. Plenartagung am 27./28. April 2016 (Sitzung vom 28. April) mit 137 Stimmen bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen folgende Stellungnahme:

*

* *

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

- 1.1 Die Rahmenstrategie für eine Energieunion wurde im Februar 2015 vorgelegt. Diese Energieunion wird nun 2016 konkrete Form annehmen. Die Idee geht auf die in verschiedenen Think Tanks bzw. von eminenten europäischen Persönlichkeiten angestellten Überlegungen zum Konzept einer Europäischen Energiegemeinschaft zurück, ein insbesondere vom Institut Jacques Delors und von Jerzy Buzek unterstütztes Projekt. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat diese Initiative von Beginn an ausdrücklich gefördert.
- 1.2 Einige Mitgliedstaaten standen diesem Konzept sehr skeptisch gegenüber, da seine Umsetzung eine Überarbeitung der Verträge bedingt hätte, die in Zeiten großer Euroskepsis ein sehr gewagtes Vorhaben gewesen wäre. Die Idee einer besseren Koordinierung der Energiepolitik, die Notwendigkeit einer wirksamen Energiediplomatie, das Erfordernis der Bekämpfung des Klimawandels, die zunehmende Energieabhängigkeit der EU, die notwendige Verringerung der Anfälligkeit für Druck von außen auf die Energieversorgung, die Verwirklichung der Energiewende und die soziale Abfederung ihrer Folgen für die betroffenen Sektoren sprachen allerdings eindeutig für eine Initiative auf europäischer Ebene. Vor diesem Hintergrund entstand die Idee einer Energieunion als institutionelle Lightversion, die auf Wirksamkeit durch konkrete Annäherungen und langfristige Verpflichtungen abzielt.

- 1.3 Der EWSA hat die Überlegungen über eine Europäische Energieunion bzw. zumindest eine bessere Koordinierung der Energiepolitik¹, die Energiediplomatie und die Energiewende schon sehr früh unterstützt und dabei auf die umfassende Einbeziehung der Zivilgesellschaft gepocht, die direkt betroffen ist, und zwar nicht nur als Verbraucher, sondern auch als Akteur der Energiewende, die ohne Einbindung bzw. Mitwirkung der Zivilgesellschaft nicht bewerkstelligt werden kann, und als künftig in noch größerem Maße als heute Erzeuger dezentraler Energie.
- 1.4 In der Mitteilung der Kommission soll eine erste Bilanz der neun Monate seit Einrichtung der Energieunion gezogen werden. Angesichts der Bedeutung der Herausforderungen und des Umfangs der notwendigen Veränderungen kann eine derartige Bestandsaufnahme natürlich nur eine Momentaufnahme und nicht wirklich aussagekräftig sein. Daher sollten die ersten Ergebnisse mit Vorsicht beurteilt werden, da sie erst am Anfang einer Politik stehen, die unermüdlich auf lange Sicht in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten umgesetzt werden muss.
- 1.5 Der Rahmen für die Umsetzung dieser Politik ist bekannt: im Rahmen der COP 21 eingegangene Verpflichtungen, starke geopolitische Unsicherheit im Energiebereich, europäische Klima- und Energieziele, Versorgungssicherheit, Energieeffizienz, Dekarbonisierung der europäischen Volkswirtschaften, Infrastrukturauf- und -ausbau und Vollendung des Energiebinnenmarkts. Die politischen Herausforderungen sind enorm und können nicht einfach nur auf verwaltungstechnische und regulatorische Weise gelöst werden. Es bedarf eines entschiedenen politischen Willens und einer starken, aber realistischen gemeinsamen Vision aller Mitgliedstaaten, die den wirtschaftlichen Tatsachen und den verfügbaren technischen Möglichkeiten Rechnung trägt und in der Realität verankert ist.
- 1.6 Der EWSA begrüßt diesen ersten Bericht über die Lage der Energieunion 2015, bedauert jedoch einige Mankos in dem tabellarischen Fahrplan für die Verwirklichung dieser Initiative. Ihre Behebung würde zum einen das von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Konzept stärken und zum anderen die Zustimmung der Zivilgesellschaft zu dieser Initiative erhöhen, die eine mit Unwägbarkeiten behaftete Energiewende beinhaltet.
- 1.7 Der EWSA erachtet die von der Europäischen Kommission in ihrer Analyse unterstrichenen wichtigen Punkte für relevant, allerdings sollten sie ergänzt werden. Dies gilt in der derzeitigen Fassung für folgende Punkte:
- Umstellung auf eine Wirtschaft mit geringen CO₂-Emissionen;
 - Energieeffizienz als Beitrag zur Senkung des Energiebedarfs;
 - Ein vollständig integrierter Energiebinnenmarkt;
 - Sicherheit der Energieversorgung, Solidarität und Vertrauen;
 - Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit;
 - Verwirklichung der Energieunion.

¹ [ABl. C 82 vom 3.3.2016, S. 13](#) und [ABl. C 82 vom 3.3.2016, S. 22](#).

Nach Meinung des EWSA wird die soziale Dimension der Energieunion nicht deutlich genug herausgestrichen. Dieser Aspekt sollte Teil der Bewertungskriterien für die Energieunion sein. Einerseits sollte die Energieunion eine positive Wirkung auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovation haben, andererseits könnte sie bestimmte Sektoren auch beeinträchtigen; hier sind soziale Begleitmaßnahmen und Bildungsinitiativen notwendig. Die Begleitmaßnahmen müssen Präventivmaßnahmen sein, um die Entlassung der betroffenen Arbeitskräfte zu vermeiden; die Bildungsinitiativen müssen auf die künftigen Entwicklungen des Energiesektors abgestimmt werden. Es wäre sinnvoll, die soziale Dimension im nächsten Jahresbericht in die Bewertungskriterien aufzunehmen. Außerdem müssen die wirtschaftlichen Folgen der Entscheidungen in Verbindung mit der Energiewende beleuchtet werden, zumal die sozialen Auswirkungen eng an die wirtschaftlichen Folgen dieser Entscheidungen gekoppelt sind.

- 1.8 Energieeffizienz ist der Europäischen Kommission zufolge als eigenständige Energiequelle zu betrachten. Der EWSA mahnt eindringlich, diese Formulierung zu streichen, da sie irreführend und wissenschaftlich ungenau ist, denn keine primäre Energiequelle kann durch Energieeinsparungen „ersetzt“ werden. Dies tut indes der Tatsache keinen Abbruch, dass die Energieeffizienz sehr wichtig für die Zukunft des europäischen Energiesystems ist. Die Erhöhung der Energieeffizienz in allen Energienutzungsbereichen kann erheblich dazu beitragen, die Kosten für die europäische Wirtschaft zu senken.
- 1.9 Der EWSA empfiehlt, neben den Sozialpartnern auch die Zivilgesellschaft in die Erstellung des Jahresberichts einzubeziehen. Verbraucherschutzverbände, repräsentative Familienverbände, Wirtschaftsvertreter, Landwirte, Umweltorganisationen, Wissenschaft und Forschung, kurz gesagt, die Zivilgesellschaft, haben ein großes Interesse an dieser europäischen Initiative. Daher fordert der EWSA die Einrichtung eines europäischen Energiedialogs, um die Zivilgesellschaft besser an den Überlegungen zur europäischen Energiepolitik und ihrer Umsetzung teilhaben zu lassen. Dieser Dialog könnte in Verbindung mit dem Jahresbericht über den Stand der Energieunion stattfinden und grundlegende Punkte für die Verwirklichung dieser Energieunion behandeln.
- 1.10 Zu den statistischen Daten merkt der EWSA an, dass einige nicht mehr aktuell sind oder gar fehlen. Es gilt, Anstrengungen zu unternehmen, um aktuellere Daten von den Mitgliedstaaten einzuholen, andernfalls wird sich eine Überwachung der Folgen der Verwirklichung der Energieunion schwierig gestalten.
- 1.11 Der EWSA betont, dass die Energieunion nicht auf die Verwaltungsverfahren für Überwachung und Berichterstattung reduziert werden kann. Sie sind nur nützliche und notwendige Instrumente einer Politik, deren Ziele von allen Mitgliedstaaten mit Unterstützung der Zivilgesellschaft geteilt werden müssen.

2. **Inhalt des Kommissionsdokuments und Methodik der Europäischen Kommission**

- 2.1 Das Kommissionsdokument ist zunächst ein Fortschrittsbericht, um den Stand der Verwirklichung der Energieunion zusammenzufassen, und kein politisches Dokument. Die von den Mitgliedstaaten erhobenen Daten werden anhand der von der Europäischen Kommission festgelegten Kriterien überprüft. Die Kommissionsmethodik beruht somit auf der Analyse und der Überwachung der Verwirklichung der Energieunion anhand von Schlüsselindikatoren. Diese Überwachung ist von Natur aus heikel, da die politischen Entscheidungen im Energiebereich von der Marktentwicklung und geopolitischen Ereignissen abhängen, auf die die Mitgliedstaaten relativ rasch reagieren müssen. Die langfristigen Ziele können daher durch kurzfristige Erfordernisse beeinträchtigt werden, weshalb auch die Überwachung flexibel sein muss.
- 2.2 Die Europäische Kommission hat sechs strategische Themenbereiche festgelegt, die als Grundlage für die Analyse der konkreten Umsetzung der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten für die Schaffung dieser Energieunion bilden:
- Umstellung auf eine Wirtschaft mit geringen CO₂-Emissionen;
 - Energieeffizienz als Beitrag zur Senkung des Energiebedarfs;
 - Ein vollständig integrierter Energiebinnenmarkt;
 - Sicherheit der Energieversorgung, Solidarität und Vertrauen;
 - Eine Energieunion für Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit;
 - Verwirklichung der Energieunion.
- 2.3 Anhand dieser Themenbereiche will die Europäische Kommission eine erste Bewertung der Verwirklichung der Energieunion vornehmen.

3. **Allgemeine Bemerkungen**

- 3.1 In Bezug auf die Dekarbonisierung ist die Europäische Kommission der Ansicht, dass die EU unter den großen Volkswirtschaften weltweit am effizientesten ist. Ihr Argument: Die Summe der Bruttoinlandsprodukte der EU stieg zwischen 1990 und 2014 um 46 %, während die Treibhausgasemissionen um 23 % zurückgingen. Allerdings müssten auch die Auswirkungen der Krise, die die ganze Welt, aber insbesondere Europa erfasst hat, die anhaltende Konjunkturflaute und die Deindustrialisierung der EU in diese Zahlen eingerechnet werden, die dann vielleicht ein weniger positives Bild geben.
- 3.2 Die Europäische Kommission betont außerdem, dass die Europäische Union mehr als die Hälfte ihres Stroms ohne Treibhausgasemissionen erzeugt. Dies wäre allerdings ohne den Beitrag von Energieträgern nicht möglich, die in einigen Mitgliedstaaten umstritten sind oder deren Nutzung aufgegeben wurde (beispielsweise Kernenergie und die energetische Nutzung der Wasserkraft in Stauanlagen).

- 3.3 Das erklärte Ziel bleibt „die weitere Abkehr von einer auf fossile Brennstoffe gestützten Volkswirtschaft“. In diesem Zusammenhang sind die aktuell niedrigen Ölpreise und die Ölpreisschwankungen kein Vorteil, auch wenn es nach wie vor möglich scheint, das Ziel eines Anteils von 20 % erneuerbarer Energie bis 2020 zu erreichen. Eine Energiepolitik darf jedoch nicht auf einem negativen und restriktiven Konzept beruhen. Daher empfiehlt der EWSA, soweit wie möglich die Bedeutung von Ressourcen wie u. a. Wind- und Meeresenergie sowie Wasserstoff für die Zukunft auszuloten und ihre Entwicklung durch eine ehrgeizige Forschungs- und Entwicklungspolitik zu fördern.
- 3.4 Die Europäische Kommission hält fest, dass die Umstellung auf eine Wirtschaft, die mit geringen CO₂-Emissionen auskommt, beträchtliche Investitionen erfordert. Sollten die Ölpreise niedrig bleiben, würden die Investitionskosten noch höher ausfallen. Daher muss die konkrete Umsetzung der auf der Paris COP 21 eingegangenen Verpflichtungen aufmerksam verfolgt werden.
- 3.5 Der EWSA betont, dass die Ergebnisse der COP 21 zum ersten Mal die Grundlagen für einen global koordinierten Klimaschutz bieten und so die wichtigen in der EU vereinbarten Anstrengungen legitimieren, die nur geringe Wirkung auf den weltweiten Klimawandel gehabt hätten, wenn der Rest der Welt nicht den gleichen Weg eingeschlagen hätte. Der europäische Fahrplan kann daher im Sinne des Übereinkommens von Paris weiterverfolgt werden und dafür sorgen, dass die Mitgliedstaaten ihren vollen Beitrag zum Klimaschutz unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Möglichkeiten leisten.
- 3.6 Die Europäische Kommission hält fest, dass sie Werkzeuge und Instrumente eingeführt hat, bei denen Energieeffizienz als eigenständige Energiequelle betrachtet wird. Der EWSA mahnt eindringlich, diese Formulierung zu streichen, da sie irreführend und wissenschaftlich ungenau ist, denn keine primäre Energiequelle kann durch Energieeinsparungen „ersetzt“ werden. Energiesparen ist zwar eine Notwendigkeit, aber nicht als Energiequelle zu verbuchen. Die Energieeffizienz ist selbstverständlich für die Zukunft des europäischen Energiesystems sehr wichtig. Die Erhöhung der Energieeffizienz in allen Energienutzungsbereichen kann erheblich dazu beitragen, die zusätzlichen Kosten für die europäische Wirtschaft zu senken. Im Idealfall würde die Erhöhung der Energieeffizienz proportional zur Steigerung der Kosten einer bestimmten Energie zu einer Stabilisierung der Preise auf ihrem derzeitigen Niveau führen.
- 3.7 Eine erhebliche Verbesserung der Energieeffizienz erfordert jedoch beträchtliche Investitionen seitens der Verbraucher, der Industrie und der öffentlichen Hand (Gebäude, Infrastrukturen, Fahrzeuge usw.). Die allgemeine Begrenzung der Investitionen wird das Tempo, mit dem diese Verbesserung erzielt wird, bestimmen. Hingegen werden einige Bereiche der europäischen Gesellschaft umfassende Investitionen tragen und von erheblichen Einsparungen profitieren können, während dies anderen unmöglich sein wird. So könnte sich eine wirtschaftliche Kluft zwischen verschiedenen Teilen der EU auftun. Daher fordert der EWSA Begleitmaßnahmen, damit alle von der Energieeffizienz profitieren können.

- 3.8 Für die Verwirklichung des Energiebinnenmarkts sind neue Transportinfrastrukturen, Stromtrassen und Gasleitungen notwendig, für die wiederum kostspielige Investitionen erforderlich sind. Die Europäische Kommission weist zurecht auf die Fortschritte in diesem Bereich und die Einrichtung des Energieinfrastrukturforums (Kopenhagener Forum) hin, das für die Ermittlung der Probleme sicherlich nützlich sein wird, aber alleine keine Lösung ist. Eine Reihe von Mitgliedstaaten haben Kooperationsvereinbarungen geschlossen, beispielsweise Polen und Litauen oder Norwegen und Schweden. Andererseits gab es durchaus auch Meinungsverschiedenheiten zwischen einigen Mitgliedstaaten, beispielsweise in Bezug auf das „Nord Stream“-Projekt, zu dem Kritik aus Polen, den baltischen Staaten und Schweden laut wurde. Daher muss darauf geachtet werden, dass die Investitionsentscheidungen nicht dem Geist der Energieunion zuwiderlaufen. Außerdem können sich bestimmte politische Entscheidungen erheblich auf die Investitionen auswirken, weshalb sie mit dem nötigen Abstand und unter sorgfältiger Abwägung der Entwicklungen in Wissenschaft und Technik getroffen werden müssen.
- 3.9 Die Europäische Kommission ist sich bewusst, dass die Verbraucher – Privathaushalte, Familien und Industrie – mehr Transparenz bei Energiepreisen und -kosten wollen, bei deren Beurteilung aber auch die Lage in den Ländern, die unsere wichtigsten Konkurrenten sind, berücksichtigt werden muss. Der EWSA begrüßt ausdrücklich den auf transparente und einfache Informationen ausgerichteten Ansatz, den er wiederholt gefordert hat. Allerdings muss in Zeiten zunehmender Energiearmut die Notwendigkeit des Energie-Universaldienstes und spezieller Indikatoren für die diesbezügliche Rolle der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse unterstrichen werden. Unsere Gesellschaft ist energieabhängig, die Energie ist ausschlaggebend für unsere Lebensqualität und die Art und Weise, wie wir uns fortbewegen, kommunizieren und wirtschaften. Der EWSA spricht sich dafür aus, dass die Zivilgesellschaft in allen Gremien vertreten ist, in denen auf europäischer Ebene die Bedingungen für Universaldienste festgelegt werden. Die Verbraucher müssen umfassend in die Definition dieses Universaldienstes eingebunden werden und seine Umsetzung in die Praxis verfolgen können.
- 3.10 Der EWSA wird sich zunehmend der Notwendigkeit bewusst, ausgehend von dieser Sichtweise die Debatte über die Ende der 1990er Jahre angestoßene Liberalisierung des Energieerzeugungsmarktes wieder aufzunehmen – eine Liberalisierung, die schleichend und mit meist guten Argumenten durch nicht marktkonformen Instrumenten wie etwa Beihilfen (für nachhaltige Energieerzeugung) und Begrenzungen (u. a. in puncto CO₂-Emission) flankiert wurde. Unternehmen und Arbeitnehmer in diesem Sektor müssen wissen, in welchem Rahmen Investitionen getätigt werden können, da es sich um hohe Beträge mit langer Amortisationszeit handelt. Ungewissheit als Folge einer sich kontinuierlich ändernden Energiepolitik trägt nicht dazu bei, die Risikobereitschaft zu fördern, und bremst somit nachhaltigkeitsfördernde technologische Innovationen im europäischen Energiesektor.

- 3.11 In den Augen der Bürger wird sich der Erfolg der Energieunion auch an sehr konkreten Dingen messen lassen müssen, insbesondere am Preis, der zunächst von den Energiesteuern abhängt, am Netzzugang, an der Versorgungssicherheit (Prävention von Stromausfällen oder Pannen) und an den Verbraucherinformationen für Gebrauchsgegenstände (Energiekennzeichnung für Elektro- und Haushaltsgeräte, Verbrauchsmessung für Fahrzeuge), die einfach und verständlich sein müssen².
- 3.12 Unternehmensmitarbeiter sollten ebenfalls umfassend in die energiepolitischen Entscheidungen des Unternehmens eingebunden werden. Die Energiewende bedeutet Umbrüche und technische Veränderungen. So werden neue Berufsbilder geschaffen, und bestehende Berufe könnten durch die Schließung oder Einschränkung bestimmter Betriebsarten (Kohle- oder Kernkraftwerke) verschwinden. Andere Berufe wiederum werden sich weiterentwickeln oder ändern, so wird beispielsweise ein Dachdecker nicht mehr nur Dachziegel oder Schieferplatten verlegen, sondern auch die Installation von Solarpaneelen erlernen müssen. Bei der Durchführung der einzelnen Kapitel der Energieunion muss daher der Schulungsbedarf der Arbeitnehmer und Handwerker in den direkt und indirekt betroffenen Sektoren berücksichtigt werden. Außerdem muss fundiertes und für den wirtschaftlichen Wettbewerb sehr wertvolles Fachwissen erhalten bleiben (z. B. im Kernenergiebereich). Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz aufgrund der durch die Energiewende bedingten Veränderungen verlieren könnten, müssen vorausschauend unterstützt werden; ihre berufliche Wiedereingliederung muss vorab sichergestellt werden. Desgleichen müssen im Vorfeld die wirtschaftlichen Folgen der politischen Entscheidungen bewertet werden, um ihre Auswirkungen, insbesondere aufgrund des heftigen globalen Wettbewerbs, korrekt beurteilen zu können.
- 3.13 In Bezug auf die Unternehmen selbst muss bei der Verwirklichung der Ziele in punkto Dekarbonisierung, Energieeffizienz und Nachfragesteuerung dem weltweiten Wettbewerb umfassend Rechnung getragen werden, insbesondere in energieintensiven Sektoren (Stahl, Aluminium, Reifen, Chemie usw.). Der Verkehrsbereich steht hinsichtlich der CO₂-Minderungsziele vor besonderen Schwierigkeiten. Alle Verkehrsträger sollten entsprechend ihres Verbrauchs an fossilen Brennstoffen zur Senkung der Emissionen beitragen. Die verfügbare Technik bietet wirtschaftlich rentable saubere Lösungen für Kurzstrecken, d.h. für den Nahverkehr. Mit Ausnahme des elektrischen Schienenverkehrs sind die Verkehrsträger auf der Langstrecke von fossilen Brennstoffen abhängig. Die Verkehrsverlagerung kann zu einer Dekarbonisierung beitragen, gestaltet sich in Europa allerdings schwierig. Zur Erreichung dieses Ziels müssen die Investitionen stärker auf die Integration verschiedener Verkehrsträger ausgerichtet werden, wobei die umweltverträglicheren Verkehrsträger zu bevorzugen sind. Die Energie ist aber auch eine geopolitische Waffe, und die Abhängigkeit in strategisch wichtigen Bereichen ist politisch gesehen eine Gefahr, und zwar gleichermaßen für die betroffenen Länder wie für die Bürger als Arbeitnehmer, Verbraucher und

2

[ABl. C 82 vom 3.3.2016, S. 6.](#)

Unternehmer. Daher müssen Standortverlagerungen vermieden werden, die sowohl zum Verlust an Wirtschaftskraft als auch an wertvollem Fachwissen und Unabhängigkeit führen.

- 3.14 Die Sicherheit der Energieversorgung sowie die Solidarität und das Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten sind wesentliche Elemente für den Erfolg der Energieunion vor dem Hintergrund einer ausgesprochen unsicheren geopolitischen Lage im Energiebereich. Der EWSA unterstützt die Idee, dass eine Erhöhung der Energieeffizienz und die verstärkte Nutzung erneuerbarer und heimischer Energiequellen zur Verringerung der Abhängigkeit und Anfälligkeit der EU beitragen. Dies liegt zwar auf der Hand, muss jedoch erst einmal unter wirtschaftlich nachhaltigen Bedingungen erreicht werden.
- 3.15 Die notwendige Stabilisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen der EU und ihren Partnern im Osten, im Süden, im Nahen Osten und im Westen ist ein Faktor für die Entwicklung und die Unabhängigkeit der Energieunion. Nach Ansicht des EWSA muss die EU eine klare und einheitliche Energiediplomatie gegenüber Drittländern verfolgen, die den ureigenen Interessen der EU entspricht.
- 3.16 Die Europäische Kommission betont zu Recht, dass Forschung und Innovation von größter Bedeutung sind, um die Umstellung des Energiesystems zu beschleunigen. Der EWSA hat mehrfach die Notwendigkeit unterstrichen, die einschlägigen Anstrengungen der Mitgliedstaaten zu koordinieren und gemeinsame Projekte auf den Weg zu bringen, um die Kosten zu senken und die Forschungsergebnisse allen zugänglich zu machen. Die EU wird ihre Ziele im Energiebereich durch Fortschritte in Forschung und Entwicklung sowie durch Rechtsvorschriften erreichen. Diesbezüglich sollte die Energieunion die Bemühungen für gemeinsame Projekte fördern und einer Streuung der Ressourcen vorbeugen, die der wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Effizienz schadet. Hierfür sind Mittel erforderlich; allerdings wird das Emissionshandelssystem in seiner derzeitigen (nicht zufriedenstellend funktionierenden) Form wohl kaum ausreichen, um diese Mittel zu mobilisieren. Das Emissionshandelssystem der EU wird nämlich durch den infolge des Überangebots an verfügbaren Emissionsrechten viel zu niedrigen Preis für die CO₂-Zertifikate (wodurch die angestrebte Wirkung einer Emissionsminderung verfehlt wird) und die Auswirkungen von Beihilfen für bestimmte grüne Energieträger beeinträchtigt.
- 3.17 Der EWSA befürwortet den Ansatz der Europäischen Kommission, die Sozialpartner eng in die Energiewende einzubeziehen, für die selbstredend Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zur Anpassung an neue Technologien und neue Berufsbilder erforderlich sind. Ohne Mobilisierung der Akteure des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ist die Energiewende zum Scheitern verurteilt. Allerdings müssen sie die Möglichkeit haben, diese Energiewende mitzugestalten anstelle sie nur passiv oder resignierend über sich ergehen zu lassen. Arbeitnehmern, die ihren Arbeitsplatz in der Energiewirtschaft verloren haben, müssen Umschulungsmöglichkeiten angeboten werden.
- 3.18 Abschließend erläutert die Europäische Kommission ihre Vision für die Verwirklichung der Energieunion. Sie will einen zuverlässigen und transparenten Steuerungsprozess. Sie fügt

jedoch hinzu, dass dieser Steuerungsprozess in der Gesetzgebung verankert sein muss. Aus Sicht des EWSA lässt sich eine Politik aber nicht auf Legislativverfahren oder auf eine administrative Planung beschränken. Für den Erfolg einer Energiepolitik müssen die betroffenen Regierungen handeln und die Bürger klare und verständliche Ziele mittragen sowie die wirtschaftlichen Realitäten vor Ort berücksichtigt, Innovationen gefördert, die Zivilgesellschaft an Bord geholt und die Möglichkeiten der Marktwirtschaft genutzt werden. Die Idee eines jährlichen Berichts ist an sich sinnvoll, reicht aber alleine nicht aus. Ein Bericht ist immer ein formelles Dokument und läuft Gefahr, sich in technokratischer Abstraktion zu verlieren. Um diesem Problem vorzubeugen, muss nach Meinung des EWSA ein echter europäischer Energiedialog aufgebaut werden, in dem alle Bürger ihren Platz haben – als Verbraucher, Vertreter von Umweltschutzorganisationen, Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Landwirte, Stadt- oder Landbewohner, Rentner usw.³, kurz gesagt, die Zivilgesellschaft, die insgesamt tagtäglich sehr konkret mit Energiefragen konfrontiert ist. Es gilt, die Zukunft anzupacken anstatt zu „erleiden“. Denn in dieser Zukunft wird es Prosumenten, Verbraucher, Erzeuger und „Energiesparer“ geben. Nur, wenn bürokratische Hürden abgebaut und entschiedene politische Maßnahmen ergriffen werden, sind die Weichenstellungen für den Erfolg der Energieunion gegeben.

Brüssel, den 28. April 2016

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Georges DASSIS

³

[ABl. C 68 vom 6.3.2012, S. 15](#); [ABl. C 161 vom 6.6.2013, S. 1](#); [ABl. C 291 vom 4.9.2015, S. 8](#); [ABl. C 383 vom 17.11.2015, S. 84](#).